

Pressegespräch DGB Bayern und AWO Bayern

„Reiches Bayern, soziales Bayern? Der Sozialbericht unter der Lupe“

4. Oktober 2017, Presseclub München

Statement Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern

es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

Auf Drängen vieler Organisationen - vor allem auch des DGB Bayern - legt die Bayerische Staatsregierung seit 1999 regelmäßig einen Sozialbericht vor. Im Mai diesen Jahres den vierten.

Bereits im Mai hat der DGB Bayern die Staatsregierung dafür kritisiert, dass sie die Lage allzu positiv darstellt. Ich will nun die Chance nutzen, diese Kritik etwas ausführlicher an den Zahlen deutlich zu machen. Grundsätzlich liegt Bayern in vielen wichtigen Kategorien an der Spitze der Bundesländer, aber auch in Bayern gibt es wachsende soziale Ungleichheit und Armut, wenn man die Zahlen genauer betrachtet.

Gerade jetzt ist es Zeit, etwas gegen diese wachsenden Unterschiede zu unternehmen. Bayern kommt seit 2006 ohne Neuverschuldung aus. In den Steuerschätzungen wird von zusätzlichen Einnahmen der Bundesländer in Höhe von insgesamt 16,7 Mrd. Euro bis 2021 ausgegangen. Gerade in diesen wirtschaftlich guten Zeiten müssen wir gegen Armut kämpfen. Wann, wenn nicht jetzt, sollen soziale Schieflagen beseitigt und benachteiligte Gruppen stärker unterstützt werden? Wann, wenn nicht jetzt, soll aus dem reichen Bayern auch ein soziales Bayern werden?

Prof. Dr. Thomas Beyer hat über Armut und Wohnungsnot gesprochen. Ich werde mich im Folgenden mit den Themen Arbeit und Rente aus Sicht des DGB auseinandersetzen.

Die Verwilderung des Arbeitsmarktes muss gestoppt werden

Der bayerische Arbeitsmarkt ist in hervorragender Verfassung – sagt die bayerische Staatsregierung. Wir hören jeden Monat neue Erfolgsmeldungen über die Zahl der Arbeitslosen in Bayern. Aber es gibt nach wie vor Gruppen, bei denen der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt nicht ankommt. Und die Zahlen zeigen, dass immer mehr Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen stecken.

Die **Arbeitslosigkeit** in Bayern lag im Jahr 2016 im Schnitt bei 3,5 Prozent. Aber in bestimmten Gruppen und Regionen ist die Arbeitslosigkeit wesentlich höher: Bei jungen Menschen bis 34, bei Älteren ab 55 und in einigen städtischen Regionen erreicht sie das Doppelte des Landesdurchschnitts. Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist die Arbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Es zeigt sich, dass in vielen Bereichen viel zu tun bleibt, auch wenn der Arbeitsmarkt in Bayern generell gut aussieht.

Auf der anderen Seite müssen wir uns die Beschäftigungsverhältnisse der Menschen anschauen. Die Staatsregierung hat das im Sozialbericht auf eine – sagen wir eigenwillige Art und Weise getan. Ich werde an einigen Beispielen deutlich machen, wie tendenziös dieser Bericht zusammengestellt und wie darin die Realität in Bayern teilweise verzerrt dargestellt wird.

Nehmen wir die **geringfügige Beschäftigung**: Sie können das in der ersten Grafik (auf Seite 7 in diesem Handout) sehen. Die Bayerische Staatsregierung gibt an, dass von 2011 bis 2014 der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 14,7 Prozent auf 14,0 Prozent gesunken sei. Absolut gab es in diesem Zeitraum aber einen Anstieg von 833.000 auf 839.000 Menschen. Die sinkende Quote geht einzig auf die gestiegene Zahl von Beschäftigten insgesamt zurück und ist nicht wirklich aussagekräftig.

Das gleiche Bild bietet sich beim Thema **Leiharbeit**. Die Staatsregierung gibt an, dass sich der Anteil der Leiharbeiter von 2,2 Prozent in 2011 auf 2,0 Prozent in 2014 reduziert hat. Schaut man auf die absoluten Zahlen, steckt auch dahinter ein Anstieg von 123.000 Menschen auf 134.000 Menschen. Betrachtet man den Zeitraum ab 2003, sieht man den dramatischeren Anstieg von ca. 44.000 Menschen im Jahr 2003 auf 147.000 Menschen 2016.

Teilzeitarbeit definiert das Statistische Bundesamt als „jede Arbeitszeit, die weniger Arbeitsstunden als die Arbeitszeit der Vollzeitkräfte im gleichen Betrieb umfasst“. Die Bayerische Staatsregierung nimmt einfach nur die Teilzeitbeschäftigten, die weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten.

Auf diese Weise erhält man für das Jahr 2014 eine Teilzeitquote von lediglich 9,7% Prozent, während die eigentliche Quote mit 21,1 Prozent wesentlich höher lag. Eine inhaltliche Begründung für diese abweichende Betrachtungsweise findet sich im Sozialbericht nicht. Bemerkenswert finde ich aber, dass die Staatsregierung im Dritten Sozialbericht noch alle Teilzeitbeschäftigten gezählt und ausgewiesen hat. Auch hier ist der Trend eindeutig: Die Teilzeitquote hat sich seit 2003 stark erhöht – von 14,7 Prozent auf zuletzt sogar 22,5 Prozent.

Arbeiterwohlfahrt, DGB und viele andere kritisieren schon seit langem die steigende Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Arbeiteten 2003 knapp 30 Prozent der Beschäftigten

in Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung, Teilzeit oder mit Befristung, betrug ihr Anteil 2016 schon 38,3 Prozent.

Im Dritten Sozialbericht wurde dieser Trend auch eingestanden. Im „Datenreport: „Soziale Lage in Bayern 2014“ fanden sich ebenfalls Aussagen dazu. Der Datenreport 2011 enthielt sogar eine Karte, die den Anteil von atypischen Beschäftigungsverhältnissen bis auf Landkreisebene ausgewiesen hat. Im Vierten Sozialbericht kommen atypische Beschäftigungsverhältnisse nicht einmal mehr als Begriff vor.

Diese Beispiele zeigen, wie im Sozialbericht die Lage auf dem Arbeitsmarkt geschönt wird. Was die Bayerische Staatsregierung da vorgelegt hat, ist kein umfassender Blick auf die Wirklichkeit. Vielmehr wurden die Zahlen nach dem Prinzip „Was nicht passt, wird passend gemacht“ zusammengestellt – oder wo das nicht funktioniert hat, wurden die Zahlen eben weggelassen.

Rente reicht auch in Bayern oft kaum noch zum Leben

Ich kann beim Thema Rente mit diesen Beispielen eigentlich nahtlos weitermachen. Laut Sozialbericht ist die **Armutsgefährdung von Menschen über 65** von 16,3 Prozent im Jahr 2011 auf 16,7 Prozent im Jahr 2015 nur leicht gestiegen. Es wird kein Wort darüber verloren, dass es seit 2005 einen deutlichen Anstieg gibt, aus dem man politische Schlussfolgerungen ziehen muss. Die Staatsregierung erkennt hier keinen Handlungsbedarf, weil sie größere Zeiträume im Sozialbericht gar nicht betrachtet.

Die letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen aber, dass der Trend sich weiter fortsetzt.

Im Jahr 2016 war jede vierte Frau und jeder fünfte Mann über 65 Jahren in Bayern von Armut bedroht.

Wer jetzt in Rente geht, bekommt weniger, als die Menschen die bereits in Rente sind. Bis 2030 soll das Rentenniveau noch weiter sinken, auf bis zu 43% (derzeit ca. 47,9 Prozent). Dann werden noch mehr Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Altersarmut rutschen.

Und wer aufgrund gesundheitlicher Probleme seinen Beruf bereits vor Erreichen des Renteneintrittsalters nicht mehr ausüben kann, für den wird es wirklich eng. In unserem Rentenreport haben wir herausgestellt, dass 2015 79 Prozent der Frauen und 69 Prozent der

Männer mit ihrer **Erwerbsminderungsrente** unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen – also direkt in die Altersarmut fallen.

Für diejenigen, die befürchten, in Altersarmut abzurutschen, hat die Staatsregierung einen freundlichen Tipp:

„Vermögen ist neben dem Einkommen die zweite zentrale Einnahmequelle und schützt in hohem Maße vor Altersarmut.“¹

Ja. Es stimmt, dass in Bayern auch Rentner über Vermögen verfügen – durchschnittlich 67.000 Euro Geldvermögen und 145.000 Euro Immobilienvermögen pro Haushalt. Aber wie bei anderen Durchschnittsberechnungen im Sozialbericht auch, wird damit die reale Situation vieler Menschen einfach ausgeblendet. Wenn der eine 10 000 Euro im Monat verdient und der andere 1200 Euro, dann geht es nach der Logik der Staatsregierung im Durchschnitt beiden super.

Keine Pause im Kampf gegen Armut und Ungleichheit

Deshalb muss die Bayerische Staatsregierung als erstes anerkennen, dass es auch im reichen Bayern Probleme und soziale Ungleichheit gibt. Wer behauptet, dass die soziale Lage in Bayern so gut ist wie noch nie, streut den Menschen Sand in die Augen, der will die Probleme einfach nicht sehen und schon gar nicht etwas daran ändern.

Ein ehrlicher Sozialbericht böte die Chance zu diskutieren, wo die sozialen Probleme sind, wie groß sie sind und wie sie gelöst werden können. Nichts davon leistet der dieser Vierte Sozialbericht. Die Staatsregierung muss die offensichtlichen Problemen auch im reichen Bayern endlich zur Kenntnis nehmen und Lösungen erarbeiten.

Ich fand es erschreckend, welche untergeordnete Rolle die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik im Bundestagswahlkampf gespielt hat. Im nächsten Jahr haben wir Landtagswahlen und ich befürchte, dass diese Themen auch im Landtagswahlkampf ein Schattendasein fristen werden.

Das bringt uns nicht voran. Die Staatsregierung muss sich endlich darum kümmern, dass die Verwilderung auf dem Arbeitsmarkt gestoppt wird.

¹ Bayerischer Sozialbericht, 2014, S.355

Es muss in Bayern viel mehr getan werden, um benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir brauchen deutlich mehr qualifizierte Weiterbildung, die auch mit Abschlüssen einhergeht, die auf dem Arbeitsmarkt anerkannt werden. Stattdessen steht aber häufig die kurzfristige Vermittlung im Vordergrund. Für diejenigen, die auch mittelfristig kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, brauchen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt in Bayern.

Einiges andere muss auf Bundesebene angegangen werden. Ich fordere alle Parteien der neuen Bundesregierung auf, sich in den anstehenden Koalitionsverhandlungen für mehr Regulierung einzusetzen. Wir brauchen endlich eine wirksame Beschränkung der Leiharbeit, das Verbot der sachgrundlosen Befristung, ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Für geringfügige Beschäftigung brauchen wir eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, damit die Menschen abgesichert werden und kein Sozialdumping im Vergleich zu regulären Jobs stattfindet.

Der DGB hat sich im Bundestagswahlkampf für eine Erhöhung des Rentenniveaus eingesetzt. Unsere Forderungen bleiben auch knapp zwei Wochen nach der Wahl aktuell und richtig. Gerade von den Vertretern der Staatsregierung muss man erwarten, dass sie sich in Berlin für Reformen einsetzt, die das Leben der Menschen in Bayern besser machen und weniger Armut produzieren. Wir haben Berechnungen vorgelegt, wie der Sinkflug des Rentenniveaus gestoppt werden kann. In der neuen Legislaturperiode einfach nichts zu tun, ist keine Alternative, das würde die Probleme nicht lösen, sondern sie verschärfen. Auch bei den Erwerbsminderungsrenten und beim Übergang in die Rente brauchen wir Verbesserungen für die Menschen, die es gesundheitlich nicht bis zum Renteneintrittsalter schaffen.

Ich hoffe sehr, dass diese Forderungen auf Bundes- und Landesebene jetzt endlich angegangen werden. Sonst werden die kommenden Jahre verlorene Jahre für den Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut sein.

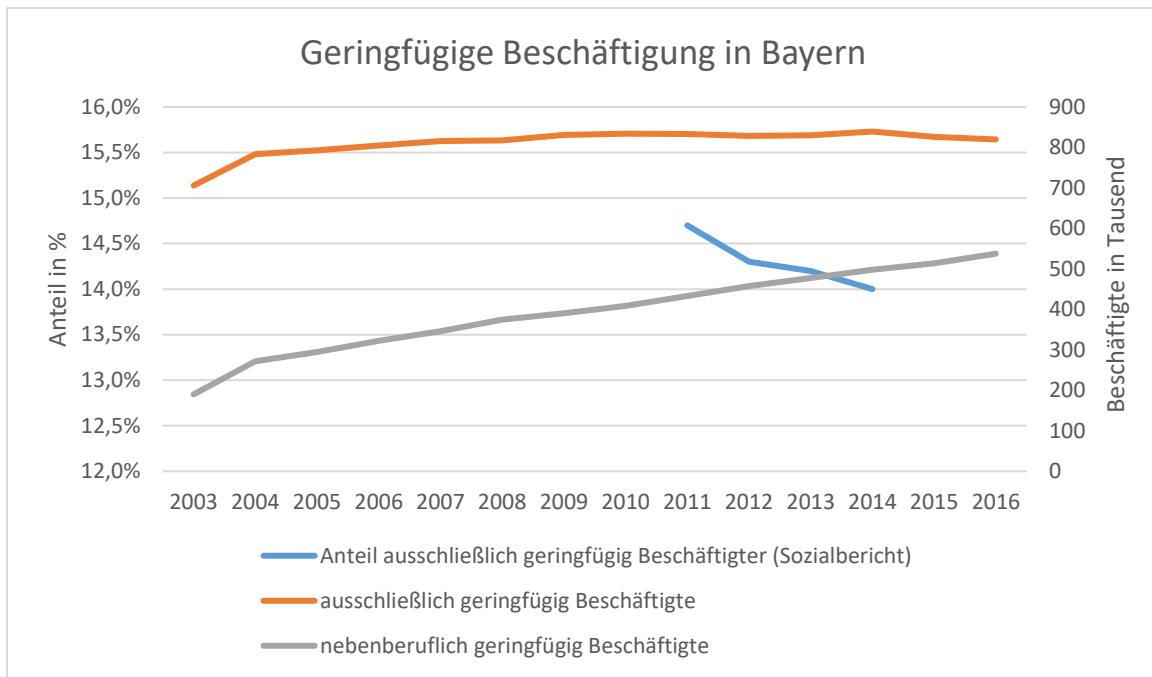


Abbildung 1 Geringfügige Beschäftigung in Bayern (Quelle: Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Sozialen Lage, 2017, S. 313; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung, online verfügbar unter <https://www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php>; eig. Darstellung)

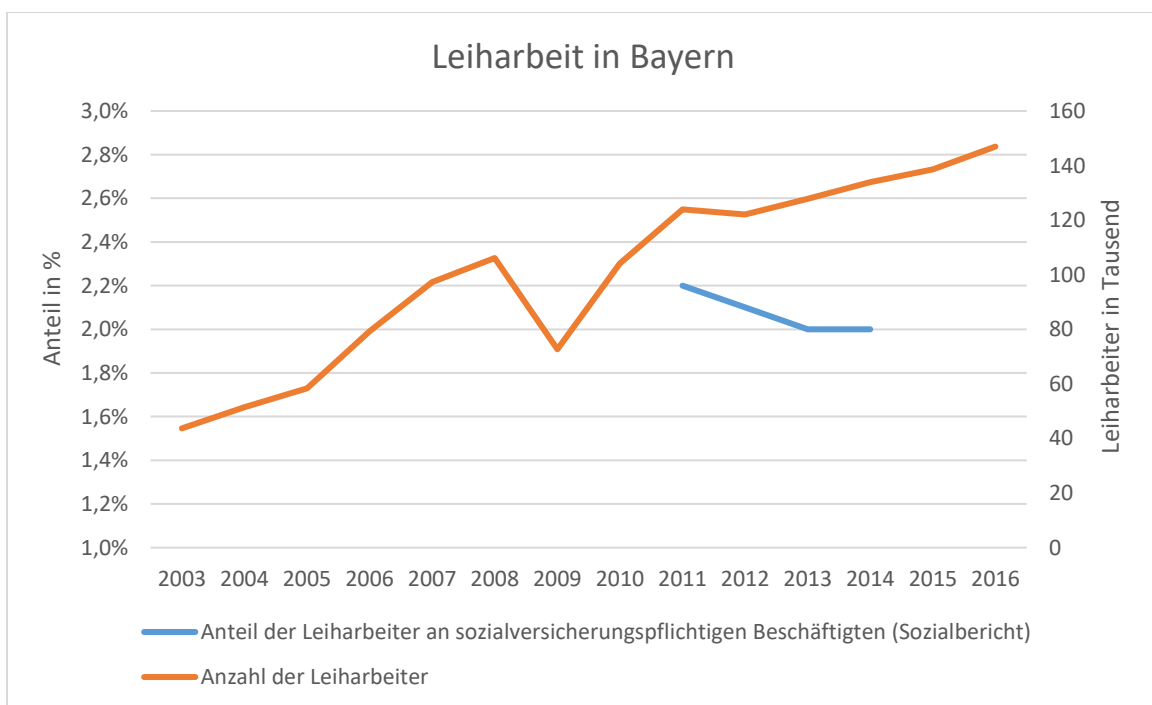


Abbildung 2 Leiharbeit in Bayern (Quelle: Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Sozialen Lage, 2017, S. 312; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung, online verfügbar unter <https://www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php>; eig. Darstellung)

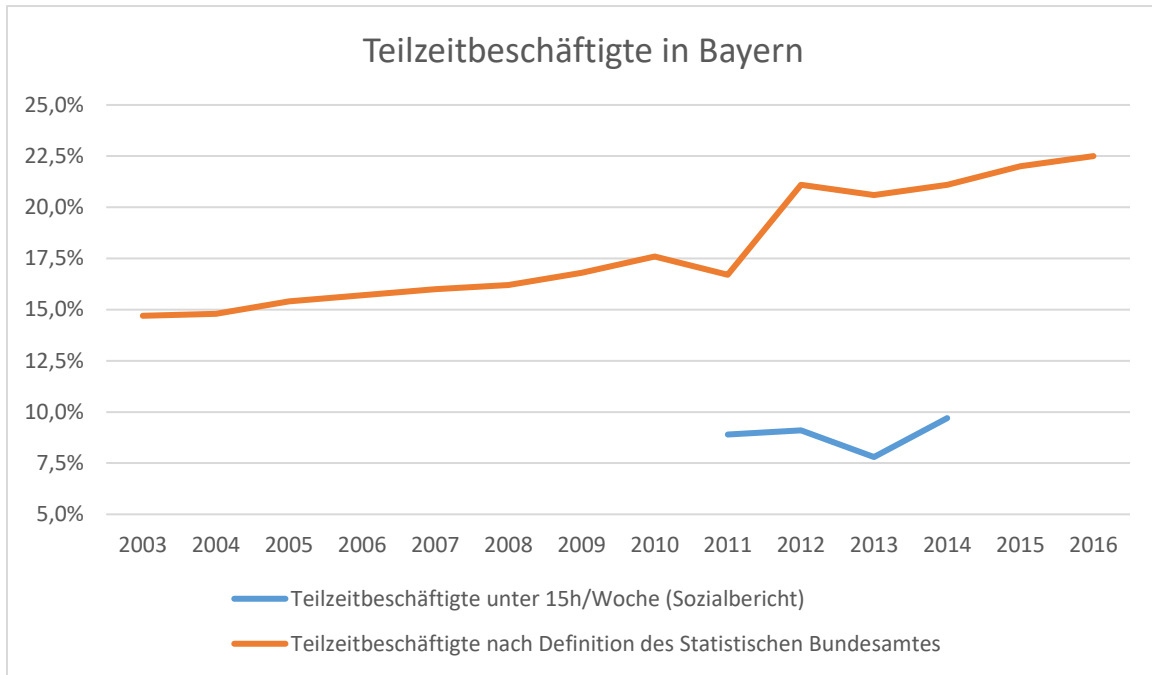


Abbildung 3 Teilzeitbeschäftigte in Bayern (Quelle: Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Sozialen Lage, 2017, S. 313; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung, online verfügbar unter <https://www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php>; eig. Darstellung, methodische Anmerkung: Seit 2012 werden Teilzeitbeschäftigte vom Statistischen Bundesamt genauer erfasst. Die Zahlen sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar)

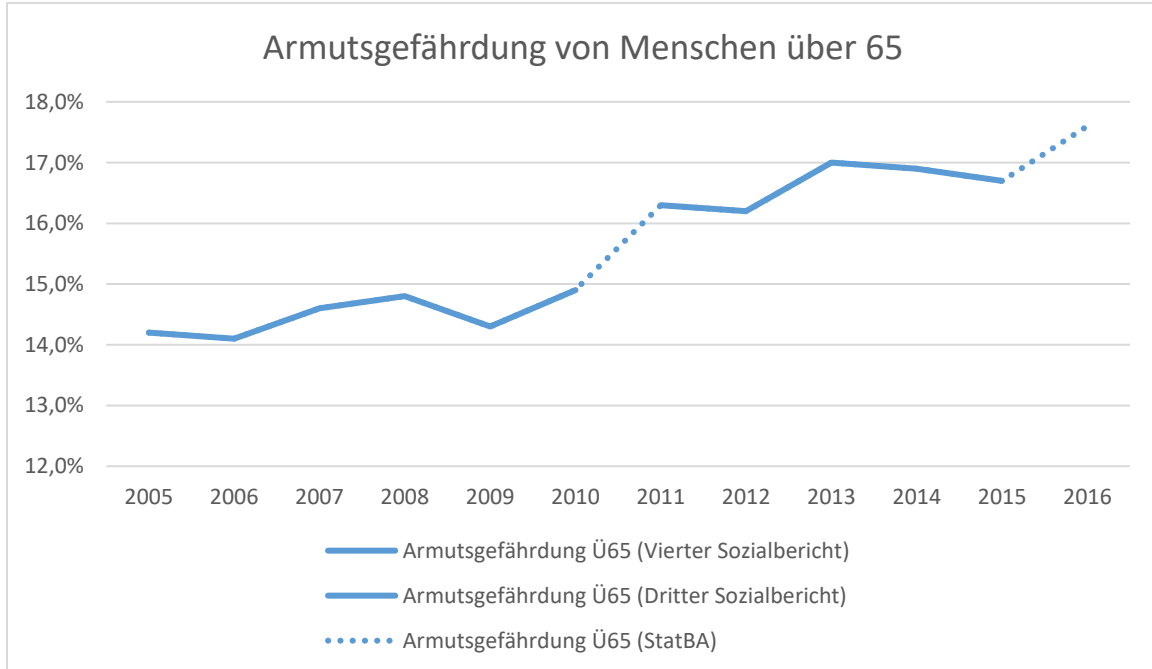


Abbildung 4 Armutsgefährdung von Menschen über 65 (Quelle: Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Sozialen Lage, 2017, S. 102; Dritter Bericht der Bayerischen Staatsregierung S. 53; eig. Darstellung, methodische Anmerkung: Der Wert für das Jahr 2016 wurde vom Statistischen Bundesamt erst nach Erstellung des Vierten Sozialberichts veröffentlicht)